



Zukunft im Herzen Europas

Österreich neu regieren.



Das Regierungsprogramm

Zusammenfassung von Zielen und ausgewählten Maßnahmen

Februar 2000

VERANTWORTUNG FÜR ÖSTERREICH

Die Bundesregierung bekräftigt ihre unerschütterliche Verbundenheit mit den geistigen und sittlichen Werten, die das gemeinsame Erbe der Völker Europas sind und der persönlichen Freiheit, der politischen Freiheit und der Herrschaft des Rechts zugrunde liegen, auf denen jede wahre Demokratie beruht.

Die Bundesregierung tritt für Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen ein, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Sie verurteilt und bekämpft mit Nachdruck jegliche Form von Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung in allen Bereichen. Sie erstrebt eine Gesellschaft, die vom Geist des Humanismus und der Toleranz gegenüber den Angehörigen aller gesellschaftlichen Gruppen geprägt ist.

Die Bundesregierung arbeitet für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden. Sie wird jeder Form von menschenverachtendem Gedankengut und seiner Verbreitung konsequent entgegentreten und sich für die volle Beachtung der Rechte und Grundfreiheiten von Menschen jeglicher Nationalität einsetzen - gleichgültig aus welchem Grund sich diese in Österreich aufhalten. Sie bekennt sich zu ihrer besonderen Verantwortung für einen respektvollen Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten.

Die Bundesregierung unterstützt die Charta der europäischen politischen Parteien für eine nichtparteiliche Gesellschaft und verpflichtet sich, auf die vorbildliche Verwirklichung der in dieser enthaltenen Grundsätze in Österreich hinzuwirken.

Die Bundesregierung bekennt sich zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte und setzt sich für ihre bedingungslose Realisierung auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein. Dies ist auch ein

wichtiger Beitrag, um vorbeugend Kriege und interne Konflikte zu verhindern, die Menschen in ihren Rechten verletzen, vertreiben oder zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Die Bundesregierung bekennt sich zu den allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsamen Prinzipien der pluralistischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, wie sie auch in der österreichischen Verfassung verankert sind und die Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Europarat bilden. Die in Österreich verfassungsmäßig garantierten, in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegten Rechte und Freiheiten sind klarer Ausdruck dieses Bekenntnisses.

Die Bundesregierung bekennt sich zum Friedensprojekt Europa. Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien beruht auf einem Bekenntnis zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union. Die Bundesregierung ist den allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsamen Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, wie sie im Artikel 6 des Vertrages über die Europäische Union festgeschrieben sind. In der Vertiefung der Integration und der Erweiterung der Union liegt auch Österreichs Zukunft. Österreichs Geschichte und geopolitische Lage sind ein besonderer Auftrag, den Integrationsprozess voranzutreiben und den europäischen Gedanken noch stärker im Alltag der Menschen zu verankern. Besonders Gewicht zur Sicherung des Friedens und der Stabilität im 21. Jahrhundert wird der transatlantischen Partnerschaft zukommen

Der Europäischen Union als Wertegemeinschaft entspricht auch ein bestimmtes Konzept der künftigen Entwicklung der europäischen Integration. Dazu gehören insbesondere die Arbeiten an der Charta

der politischen und sozialen Grundrechte. Österreich unterstützt die weiteren Arbeiten zur Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung im Sinne von Artikel 13 des EU-Vertrages.

Eine lebendige Kultur der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit erfordert ein Verhältnis zwischen Staat und Bürgern, das dem Einzelnen neue Freiheits- und Verantwortungsräume schafft. Im modernen Leistungsstaat gibt es Aufgaben, die besser vom Einzelnen oder von nichtstaatlichen Akteuren wahrgenommen werden können.

Die Bundesregierung bekennt sich aber mit allem Nachdruck zur solidarischen Sicherstellung sozialstaatlicher Leistungen für jeden Bürger, der die Hilfe und Unterstützung des Staates braucht. Dies gilt insbesondere für Menschen, die an den Chancen der Modernisierung, die das Leben zunehmend prägt, nicht teilhaben können.

Das Solidaritätsprinzip bedeutet auch, dass auf die Bedürfnisse und Lebensperspektiven künftiger Generationen Rücksicht zu nehmen ist, um faire Chancen für alle Mitglieder der Gesellschaft und ihre Lebensentwürfe zu sichern

Die Bundesregierung will Österreich als leistungs- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftsstandort stärken. Das ist die Basis für die Sicherung bestehender, sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze und des Wohlstandes in unserem Land. Gerade Österreichs Beitritt zur Europäischen Union und eine gesicherte Teilnahme an der Währungsunion waren und sind wichtige Voraussetzungen für die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit in Österreich.

Die Sozialpartnerschaft hat sich in Österreich als wichtiges Standortinstrument für Wirtschaft und Arbeit bewährt und dadurch zum sozialen Frieden in Österreich beigetragen. Die Bundesregierung bekennt sich zur umfassenden Kooperation mit den Sozialpartnern, empfiehlt aber gleichzeitig die notwendige Reformbereitschaft der Sozialpartnerschaft etwa bei der Reform der Sozialversicherungsträger, einschließlich der Wahl der Versichertenvertreter, und der Stärkung des Servicecharakters der sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen.

Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass die österreichische Bevöl-

kerung auf ihren großen Leistungen zielstrebig weiter aufbauen und die Stärken Österreichs konsequent weiter entwickeln muss.

Österreich stellt sich seiner Verantwortung aus der verhängnisvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts und den ungeheuerlichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes: Unser Land nimmt die hellen und die dunklen Seiten seiner Vergangenheit und die Taten aller Österreicher, gute wie böse, als seine Verantwortung an. Nationalismus, Diktatur und Intoleranz brachten Krieg, Fremdenhass, Unfreiheit, Rassismus und Massenmord. Die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust sind Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus. Das Vorhaben der Europäischen Union eines breiten, demokratischen und wohlhabenden Europas, zu dem sich die Bundesregierung vorbehaltlos bekennt, ist die beste Garantie gegen eine Wiederkehr dieses dunkelsten Kapitels der österreichischen Geschichte.

Die Bundesregierung bekennt sich zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Sie wird für vorbehaltlose Aufklärung, Freilegung der Strukturen des Unrechts und Weitergabe dieses Wissens an nachkommende Generationen als Mahnung für die Zukunft sorgen. Hinsichtlich der NS-Zwangsarbeit wird die Bundesregierung im Lichte des Zwischenberichts der österreichischen Historikerkommission unter Berücksichtigung der primären Verantwortung der betroffenen Unternehmen um sachgerechte Lösungen bemüht sein. Die Regierungsparteien bekennen sich zu einer neuen Form des Regierens und der Zusammenarbeit. Sie wollen Probleme lösen, Herausforderungen bewältigen und konsequent Chancen nützen, weil sie der Zukunft Österreichs in Europa verpflichtet sind. Österreich wird als stabiles, verlässliches und partnerschaftliches Land seinen Beitrag für ein friedliches und sicheres Miteinander in Europa und der Welt leisten.

Wien, am 3. Februar 2000



Dr. Wolfgang Schüssel



Dr. Jörg Haider

A. IM HERZEN EUROPAS

- Europa erweitern, die Welt mitgestalten Seite 8
- Sicherheit durch Europa Seite 9
- Integration hat Vorrang Seite 10
- Für ein leistungsfähiges Bundesheer Seite 11

B. IM INTERESSE DER BÜRGER – VOM VERWALTUNGSSTAAT ZUM LEISTUNGSSTAAT

- Budget zukunftssicher machen Seite 14
- Sichere Rechte für die Bürger Seite 15
- Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden verbessern Seite 16
- Sichere Rechte – starke Demokratie Seite 17

C. SICHER LEBEN – FAIR HANDELN

- Solidarität sichern – Gerechtigkeit garantieren Seite 20
- Ein Österreich für alle Generationen Seite 21
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit Seite 22
- Innere Sicherheit Seite 23

D. ZUKUNFT GESTALTEN – ARBEIT SCHAFFEN

- Unternehmerland Österreich Seite 26
- Für eine leistungsfähige Landwirtschaft Seite 27
- Zukunftschancen nutzen – Ausbildung & Innovation stärken Seite 28
- Kulturland Österreich – moderne Medien Seite 29

E. LEBENSQUALITÄT AUSBAUEN – UMWELT SICHERN

- Gesundheit fördern – medizinische Qualität sichern Seite 32
- Unsere Umwelt nachhaltig schützen Seite 33
- Fit im 21. Jahrhundert – Sport fördern Seite 34

A. Im Herzen Europas

- Europa erweitern, die Welt mitgestalten
- Sicherheit durch Europa
- Integration hat Vorrang
- Für ein leistungsfähiges Bundesheer

7



EUROPA ERWEITERN – DIE WELT MITGESTALTEN

Zum eingeschlagenen Weg der EU-Integration gibt es keine Alternative. Wir werden die historische Chance der EU-Erweiterung konsequent nutzen. Österreich wird seine Verantwortung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft ausbauen.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Erweiterung der EU voran treiben: für Frieden, Stabilität und Wohlstand in Österreich und Europa
- Konsequentes Eintreten bei Erweiterungsverhandlungen: für österreichische Anliegen wie Arbeitsplatz, Landwirtschaft, Umwelt- und Kernenergiesicherheit
- Optimale Vorbereitung der Erweiterung sichern: zur Vermeidung von Härtefällen und Wettbewerbsnachteilen
- Institutionen- und Demokratiereform der EU forcieren: zur Weiterentwicklung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Staatengemeinschaft
- Förderung der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: zum Schutz von Menschen- und Minderheitsrechten sowie gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
- Aktives Engagement in der UNO: zur Unterstützung der Reformbemühungen des Generalsekretärs und zur Stärkung der Vereinten Nationen
- Entschlossenes Eintreten für Abrüstung, Rüstungskontrolle und gegen die Verbreitung von Kernwaffen: zur Weiterentwicklung einer humanitären und friedlichen Völkergemeinschaft
- Beteiligung an internationalen Hilfs- und Solidaritätsaktionen: zur Linderung von Not und Elend in der Welt; Unfall-, Kranken- und Lebensversicherungsschutz bei Auslandseinsätzen für freiwillige Rettungs- und Hilfsorganisationen
- Verstärkte Zusammenarbeit der internationalen Organisationen: zum besseren Einsatz bei internationalen Konflikten
- Neues Entwicklungszusammenarbeitsgesetz: für klare Grundsätze und Richtlinien in der österreichischen Entwicklungshilfe

ZIELE

- Erweiterung der Europäischen Union aktiv mitgestalten
- Integration der Europäischen Union vertiefen
- Österreichs Rolle innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft stärken

ÜBERPRÜFUNG

Umfassende Dokumentation aller Maßnahmen und Initiativen, regelmäßige Berichte und Information der Bevölkerung

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

A. Im Herzen Europas

SICHERHEIT DURCH EUROPA

Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das historische Ziel der europäischen Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft verpflichtet uns alle.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Konsequentes Eintreten für die europäische Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft: damit Krisen effektiv bewältigt werden und Frieden gesichert wird
- Volle Beteiligung beim Aufbau des europäischen Sicherheitssystems, einschließlich einer Beistandsgarantie: damit sich Österreich um seine Sicherheit nicht alleine kümmern muss
- Novellierung des Neutralitätsgesetzes mit Volksabstimmung über Änderungen der österreichischen Sicherheitspolitik: damit alle Österreicher über die künftige Sicherheitspolitik entscheiden können
- Weiterentwicklung der Beziehungen zur NATO: damit den Erfordernissen einer vollen und gleichberechtigten Teilnahme an der europäischen Sicherheit nachgekommen wird – und die Möglichkeit einer späteren Mitgliedschaft eröffnet wird
- Aktive Mitarbeit an der Schaffung einer nicht-militärischen Krisenbewältigung: zur Verbesserung des zivilen Krisenmanagements in Europa
- Vollmitgliedschaft in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG): zur besseren europäischen Zusammenarbeit und zur Stärkung der Industrie
- Novellierung des Kriegsmaterialgesetzes: im Interesse von Friedensoperationen, der einfacheren Vernichtung von ausgeschiedenen Leichtwaffen und zur Vereinfachung von Truppentransporten und Überfluggenehmigungen

ZIELE

- **Mitarbeit bei der zügigen Schaffung einer europäischen Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft**
- **Bevölkerung entscheidet über künftiges Sicherheitssystem**
- **Vertiefte Beziehungen zur NATO**
- **Besseres ziviles Krisenmanagement in Europa**

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines Zeitplans, umfassende Dokumentation aller Maßnahmen und Tätigkeiten

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

INTEGRATION HAT VORRANG

Wir bekennen uns dazu, dass Toleranz, Offenheit, die Wahrung der Menschenrechte und Integration unverrückbare Elemente unserer Demokratie sind. Österreich wird auch in Zukunft verfolgte Menschen als Flüchtlinge aufnehmen und wir werden mehr für die Integration von Ausländern tun.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- 10
- Volle Rechtssicherheit und rascher Vollzug des Asylrechts: damit Flüchtlinge, die unsere Hilfe brauchen, sie auch bekommen
 - Bessere europäische Zusammenarbeit bei der Erfüllung humanitärer Verpflichtungen: damit diese Pflichten künftig fairer aufgeteilt werden
 - Effektiver Grenzschutz und konsequente strafrechtliche Verfolgung der Schlepperei: damit das Schlepperunwesen erfolgreich bekämpft werden kann
 - Am Arbeitsmarkt werden Inländer und legal in Österreich lebende und entsprechend qualifizierte Ausländer bevorzugt: damit Fairness am Arbeitsmarkt herrscht
 - Keine Hemmnisse für Saisonier-Arbeitnehmer und kurzfristige Saison-Arbeitnehmer: damit unsere Wirtschaft die Arbeitskräfte bekommt, die wir brauchen
 - Vorrang für die Familienzusammenführung: damit Familien wieder miteinander leben können
 - Strikte Einhaltung der Zuwanderungsquote: damit die Integration von bereits in Österreich lebenden Ausländern besser gelingt (Saisoniermodell ist hier hilfreich)
 - Besonders rasche Verfahren für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren: damit Härtefälle künftig vermieden werden
 - Ausbau der Sprachförderung, verbindliche Deutschkurse bereits kurz nach dem Zuzug: damit sprachliche Integrationshürden rasch abgebaut werden
 - Grundkenntnisse über Österreich und EU sowie Deutschkenntnisse als Voraussetzung für österreichische Staatsbürgerschaft: damit die neuen Mitbürger ihre Heimat besser kennen

ZIELE

- **Österreich garantiert das Asylrecht**
- **Integration hat Vorrang vor neuer Zuwanderung**
- **Bessere Hilfestellungen und Instrumente zur Integration**
- **Aufklärung und bessere Information über Integrationsmaßnahmen**

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans
Erhebungen und regelmäßige Umfragen, deren Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

A. Im Herzen Europas

FÜR EIN LEISTUNGSFÄHIGES BUNDESHEER

Wir bekennen uns zu einem leistungsfähigen Bundesheer, um Österreich und seiner Bevölkerung Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität zu garantieren. Das österreichische Bundesheer muss aber auch für Katastrophenhilfe, internationale Solidaritätsleistungen und Assistenz Einsätze (z.B. Grenzsicherung) gut gerüstet sein.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Vorbereitung einer Umstellung auf ein Freiwilligenheer mit Milizsystem durch Expertenkommission: damit Österreich ein zeitgemäßes Heer hat
- Anschaffung von Hubschraubern, kostengünstige Nachbeschaffung von Flugzeugen für die Luftraumüberwachung: damit Aufgaben des Bundesheeres auch erfüllt werden können
- Schrittweise Anhebung des Verteidigungsbudgets: damit das Bundesheer vernünftige materielle Rahmenbedingungen bekommt (Anreize für die Miliz)
- Frauen wird der Zugang zur Milizlaufbahn eröffnet: damit Fairness zwischen den Geschlechtern herrscht
- Soldaten-Hilfeleistungsgesetz schaffen: damit Angehörige von verletzten oder getöteten Bundesheer-Angehörigen finanziell unterstützt werden
- Verbesserung der Reaktionsfähigkeit des Bundesheeres: damit in humanitären und zivilen Krisensituationen rasch geholfen werden kann
- Nicht mehr benötigte Kasernen werden verkauft: damit das Budget der Landesverteidigung direkt aufgebessert werden kann
- Weiterführung der Verwaltungsreform: damit die Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen modernisiert werden (Priorität hat die Truppe)
- Ausbau der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Landesverteidigungsakademie: damit das Bundesheer am Stand der Zeit bleibt
- Prüfung, ob Wehrdienstzeiten auf Beitragszeiten angerechnet werden: damit es mehr soziale Sicherheit gibt

ZIELE

- **Leistungsfähigkeit des Bundesheeres anheben**
- **Stellenwert des Bundesheeres in der Gesellschaft stärken**
- **Voraussetzungen für Teilnahme an europäischem Krisenmanagement schaffen**
- **Beteiligung des Bundesheeres an den entstehenden EU-Verteidigungsstrukturen**

ÜBERPRÜFUNG

Ein Bericht der Expertenkommission über Freiwilligenheer mit Milizkomponente bis Ende 2000; ehestmöglich Finanzplan für Luftraumüberwachungs-Flugzeuge bis Mitte 2000; Soldaten-Hilfeleistungsgesetz, Militärbefugnisgesetz und Zugang der Frauen zu Miliz sollen noch heuer ins Parlament kommen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at



B. Vom Verwaltungsstaat zum Bürger- und Leistungsstaat

- Budget zukunftssicher machen
- Sichere Rechte für die Bürger
- Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden verbessern
- Sichere Rechte – starke Demokratie

13



BUDGET ZUKUNFTSSICHER MACHEN

Im Interesse aller Österreicherinnen und Österreicher werden wir dafür sorgen, dass unser Budget wieder in Ordnung kommt. Damit wird die Grundlage für Österreichs Teilnahme am Euro gesichert.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Österreichs Haushalt wird konsequent saniert: damit den zukünftigen Generationen keine unbewältigbaren Schuldenberge hinterlassen werden und Österreich sicher am Stabilitätskurs bleibt
- Die öffentliche Verwaltung wird effizienter, schlanker, sparsamer und innovativer (z.B. Globalbudgets mit Anreiz- und Sanktionssystemen): damit das Geld der Steuerzahler besser und verantwortungsbewusster eingesetzt wird
- Durch Nicht-Neubesetzung von 9.000 Posten im öffentlichen Dienst wird der Personalstand bis zum 1.1. 2004 vernünftig gesenkt: damit das Budget nachhaltig entlastet wird
- Privatisierungen, Auslagerungen und Ausgliederungen werden konsequent fortgesetzt: damit sich der Staat von Tätigkeiten und Kosten trennt, die nicht zu seinen Kernaufgaben gehören
- Bis zum Jahr 2003 werden die Zuwächse für die Aufwendungen des Bundes für Pensionen um 15 Milliarden Schilling reduziert: damit die Altersversorgung für alle auf hohem Niveau gesichert bleibt
- Überprüfung von Sozial- und Familienleistungen auf Treff- und Missbrauchssicherheit: damit unnötige Aufwendungen eingespart werden können
- Einführung einer LKW-Maut (2 Schilling/km – angestrebt wird 1. 1. 2002) und Anhebung der Vignettenpreise (Jahresvignette auf: öS 1.000.- ab 1. 1. 2001): damit der Ausbau der Infrastruktur im Interesse aller Benutzer gesichert ist
- Die Bundesregierung spart bei sich selbst: damit in der öffentlichen Verwaltung konsequente Ausgabendisziplin herrscht
- Aufgabenreformkommission mit Experten entwickelt bis Ende 2001 weitere Vorschläge zur Ausgaben- und Aufgabenentlastung: damit die Staatsausgaben nachhaltig unter Kontrolle gebracht werden
- Schaffung eines modernen Steuerrechtes (Vereinfachung, Senkung der Abgabenlast im Rahmen der budgetären Möglichkeiten, Anreize für eine verbesserte Abgabenleistung)

ZIELE

- **Langfristig ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen**
 - Senkung des Budgetdefizits bis 2005 auf 1,5 % des BIP
 - Budgetziele durch Ausgaben- und Aufgabenreform sicherstellen
- **Langfristig Abgabenquote senken**
- **Privatisierungserlöse für Schuldentilgung und Zukunftsinvestitionen**

ÜBERPRÜFUNG

Es wird ein detaillierter Zeitplan erstellt und veröffentlicht. Die gesetzten Maßnahmen werden dokumentiert. Die gesamte Verwaltung wird einer Erfolgskontrolle mit entsprechenden Kontrollverfahren unterstellt. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit vorgestellt.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

B. Vom Verwaltungsstaat zum Bürger- und Leistungsstaat

SICHERE RECHTE FÜR DIE BÜRGER

Wir werden den Zugang zum Recht bürgernahe gestalten und die Rechte der Bürger stärken. Die wirksame Bekämpfung von Verbrechen schafft mehr Sicherheit für alle.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Wirksame Verbrechensbekämpfung, Verfahrensbeschleunigung, Verbesserung der Qualität gerichtlicher Verfahren und Verbesserung des Beschwerderechts: damit die Bürger besser und schneller zu ihrem Recht kommen
- Verbesserung des Opferschutzes und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen: damit Opfer und Betroffene mehr Sicherheit haben
- Einweisungsmöglichkeit von Sexualtriebtätern in den Maßnahmenvollzug, spezielle Therapien, effiziente Kontrolle und Betreuung nach der Haftentlassung: damit das Rückfallrisiko reduziert wird
- Verbesserte Streitschlichtung bei Scheidungen: damit die Rechte und Bedürfnisse der Kinder nicht zu kurz kommen
- Gemeinsame Obsorge über einvernehmlichen Antrag der Eltern: damit Kinder von beiden Elternteilen - auch nach deren Trennung – betreut werden können
- Beseitigung bestehender Ungerechtigkeiten im Wohnrecht (z.B. Friedenszinsreform mit Härteausgleich): damit Fairness am Wohnungsmarkt herrscht
- Schaffung eines neuen Unternehmerrechts: damit Österreichs Unternehmer zeitgemäße Rahmenbedingungen vorfinden
- Verbesserung des Kartellrechts: damit in Österreichs Wirtschaft fairer Wettbewerb herrscht
- Verbesserung des Insolvenzrechts: damit Missbrauch ausgeschalten wird
- Bei Publikationspflicht Umstellung von Druck auf elektronische Medien: für eine zeitgemäße Veröffentlichung von gesetzlichen Auflagen

ZIELE

- **Direkter Zugang zum Recht für alle Bürger und Bürgerinnen**
- **Wirksame Verbrechensbekämpfung, verbesserter Opferschutz**
- **Moderne rechtliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, umfassende Dokumentation

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

ZUSAMMENARBEIT VON BUND, LÄNDERN, GEMEINDEN VERBESSERN

Zwischen Bundesstaat, Ländern und Gemeinden wird es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine neue Qualität der Zusammenarbeit geben. Die Rechte der Länder sollen gestärkt, unnötige und teure Doppelgleisigkeiten abgeschafft werden.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Verankerung der Landeshauptmännerkonferenz in der Verfassung: damit diese Einrichtung die Interessensvertretung der Länder aufwertet
- Wahlrechtsreform bei Landtagswahlen: damit auch auf Landesebene die Briefwahl und die Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts möglich werden
- Klare Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden: damit es klare Verhältnisse und keine unnötigen Doppelgleisigkeiten gibt
- Stärkere Verfassungsautonomie für die Länder: damit die Länder mehr Gestaltungsräume haben (z.B. zur Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten oder bei grenzüberschreitenden Kooperationen)
- Umfassende Reform des Bundesrates – Aufwertung als Länderkammer: die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, ihren Vertreter im Bundesrat in Kernfragen des Föderalismus bei der Ausübung ihres Mandates zu binden
- Einrichtung von Landesverwaltungsgerichten – einheitliche Betriebsanlagenbehörde in der Landesverwaltung: damit die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft einen schnelleren Zugang zum Recht haben
- Schaffung eines einheitlichen Betriebsanlagenrechts: damit für die Wirtschaft klare Verhältnisse und schnellere Behördenverfahren gesichert sind

ZIELE

- Grundlegende Neuordnung der Verhältnisse zwischen Bund und Ländern
- Bürgernahe und effiziente Zusammenarbeit
- Mehr Autonomie für die Länder
- Aufwertung des Bundesrates als Länderkammer

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, laufende Dokumentation der getroffenen Maßnahmen und ihrer Auswirkungen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

B. Vom Verwaltungsstaat zum Bürger- und Leistungsstaat

SICHERE RECHTE – STARKE DEMOKRATIE

Wir bekennen uns zu mehr demokratischer Mitbestimmung und sicheren Rechten für die Bürgerinnen und Bürger. Bei der Vergabe von Positionen im öffentlichen Bereich müssen Transparenz und Objektivität herrschen: Schluss mit dem Proporz - die Leistung zählt!

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Sachgerechte Lösung bei der Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und Vertriebenen: damit Opfer endlich Recht bekommen
- Objektiviert Personalpolitik für den Bundesdienst, den staatsnahen Bereich und im Schulbereich: damit der Leistungsstaat Österreich das beste Personal bekommt
- Einführung der Briefwahl: damit auch Österreicher im Ausland, behinderte und ältere Menschen einfach und sicher wählen können
- Volksbegehren mit einer hohen Beteiligung der Stimmberechtigten werden einer Volksabstimmung unterzogen: damit die Bürger direkt entscheiden können
- Mehr Rechte für die Volksanwaltschaft: damit die Bürger mehr Rechtssicherheit im Alltag haben
- Direkte Wahl der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in den Sozialversicherungsträgern: damit es auch hier mehr Mitbestimmung und Verantwortlichkeit gibt
- Anbringung zweisprachiger Ortstafeln im Burgenland: damit die Rechte der Volksgruppen in Österreich erfüllt werden
- Reform der Sozialpartnerschaft: mehr betriebliche Mitbestimmung statt starrer überbetrieblicher Regelungen

ZIELE

- **Mehr direkte Demokratie**
- **Größere Rechtssicherheit für die Bürger, Schutz für Minderheiten**
- **Objektive Personalpolitik im öffentlichen Bereich**
- **Kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit**
- **Sozialpartnerschaft reformieren**

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans
Überprüfung der gesetzlich getroffenen Bestimmungen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at



C. Sicher leben – fair handeln

- Solidarität sichern – Gerechtigkeit garantieren
- Ein Österreich für alle Generationen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Innere Sicherheit

19



SOLIDARITÄT SICHERN – GERECHTIGKEIT GARANTIEREN

Wir stehen für ein leistungsfähiges, gerechtes und treffsicheres Sozialsystem, das Benachteiligte und Bedürftige schützt und fördert. Der Missbrauch sozialer Leistungen ist unsozial und unsolidarisch und muss daher abgestellt werden.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Abfertigung neu/Pensionskassensystem möglich machen: damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Sicherheit im Alter haben
- Programm für Langzeitarbeitslose mit verpflichtenden Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich: damit diese wieder in einen sinnvollen Arbeitsprozess einsteigen
- Mehr Transparenz bei Sozialleistungen, nur mehr eine einzige "Soziale Servicestelle" auf Bezirksebene: damit jene, die Sozialleistungen brauchen, diese sicher und schnell bekommen
- Gleiche Entgeltfortzahlung für Angestellte und Arbeiter im Krankheitsfall und bei Dienstverhinderung: für Fairness unter den Arbeitnehmern
- Modernisierung des Arbeitsmarktservice (AMS), Abbau der Barrieren für private Arbeitsvermittler: damit Arbeitslose besser und erfolgreicher vermittelt werden
- Sozialsystem laufend auf Treffsicherheit, Angemessenheit und Missbrauchssicherheit überprüfen: damit bei Fehlentwicklungen sofort gegengesteuert werden kann
- Novellierung des Hausbesorgergesetzes: damit die Betriebs- und damit die Wohnkosten nachhaltig sinken
- Unbürokratische Anmeldung und Abrechnung sozialversicherter Arbeitskräfte in privaten Haushalten: damit Kinderbetreuung, Reinigungs- und Pflegedienste leichter zugänglich werden
- Organisationsreform und Demokratisierung der Sozialversicherungen: für vernünftige Einsparungen und mehr Selbstverwaltung
- Einführung der Chip-Karte in der Krankenversicherung: damit die Krankenschein-Bürokratie beendet und die optimale Behandlung im Notfall gesichert ist

ZIELE

- **Neue Aufgabenteilung zwischen Staat und Privat**
- **Altersvorsorge wird gesichert, in bestehende Pensionen wird nicht eingegriffen.**
- **Transparente Sozialleistungen anbieten und Kostenbewusstsein schaffen**
- **Arbeitslose besser vermitteln**
- **Armut gemeinsam bekämpfen**
- **Weniger Bürokratie, direkter Zugang zu Sozialsystem**

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans
Systematische Kontrolle der Entwicklung, laufende Untersuchungen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at



EIN ÖSTERREICH FÜR ALLE GENERATIONEN

Wir bekennen uns sich zu einer Gesellschaft, an der alle Generationen gleichberechtigt teilhaben können. Familien müssen auch als Drehscheiben der Generationensolidarität gestärkt werden.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes – Karenzgeld für alle – ab 1. 1. 2002: damit auch Studentinnen, geringfügig Beschäftigte, Hausfrauen, Bäuerinnen und Selbständige Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung haben
- Ab 1. 1. 2002 Anhebung des Karenzgeldes auf öS 6.250.- pro Monat, davon öS 250.- für die Pensionsversicherung: damit die Karenzzeit als pensionsbegründende Beitragszeit gesichert ist
- Ab 1. 1. 2002 Karenzgeld für zwei Jahre, drittes Jahr, wenn der Partner es beansprucht, Berufsverbot beim Karenzgeldbezug fällt: für einen optimalen Start ins Leben
- Förderungsanreize für familienfreundliche Betriebe: damit Familie und Beruf besser vereinbar werden
- Ausbau von Elternberatung und Familienberatung: damit familiäre Konflikte und Probleme besser gelöst werden können
- Ausbau der Familienberatung, Mediation und Kinderbegleitung bei Scheidungsverfahren: damit Scheidungen nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden
- Ausbau der Beratung für Eltern behinderter Kinder: damit auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen besonders gut betreut werden
- Mehr Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Politik, Initiativrecht für Jugendliche im Parlament: damit die Jugend über ihre Zukunft bestimmen kann
- Verankerung des Diskriminierungsverbotes auf Grund des Alters in der Verfassung: damit ältere Menschen sichere Rechte haben
- Förderung der Aus- und Weiterbildung pflegender Angehöriger, Kurzzeitpflegebetten zu ihrer Entlastung: damit Angehörige bei ihrer unverzichtbaren Pflegearbeit bestmöglich unterstützt werden

ZIELE

- Familien mehr Wahlfreiheit ermöglichen
- Familie und Beruf vereinbar machen
- Pflegende Angehörige unterstützen
- Generationensolidarität sichern
- Mitwirkung der Jugend in der Politik stärken

21

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, Überprüfung der gesetzlichen Maßnahmen, Erhebungen und regelmäßige Untersuchungen, deren Ergebnisse auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Wir bekennen uns zur gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Die faktischen Benachteiligungen für Frauen müssen beseitigt werden. Unsere Frauenpolitik richtet sich an alle Frauen.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

1 22

- Fördermaßnahmen für Frauen und Mädchen in Bildung & Berufsberatung: damit das Risiko der Arbeitslosigkeit für Frauen reduziert wird
- Förderpläne für Frauen an Universitäten und Fachhochschulen: damit Berufskarrieren in diesem Bereich keine Männerdomäne bleiben
- Besondere Hilfestellung für Unternehmensgründerinnen: damit mehr Frauen selbständig erfolgreich sind
- Fördermaßnahmen für Frauen während der Familienphase und für den Wiedereinstieg: damit die Rückkehr in die Berufswelt besser funktioniert
- Arbeitszeit flexibilisieren, Tele-Arbeit stärken, hochqualifizierte Teilzeitjobs fördern: damit Familie und Beruf besser vereinbar werden
- Breites Angebot an vielfältigen Kinderbetreuungseinrichtungen möglich machen: damit Eltern die optimale Kinderbetreuung für ihre Anforderungen haben
- Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes – Karenzgeld für alle: damit Mütter/Väter die Wahl haben, das Kind selbst zu betreuen oder außerhalb des Haushaltes zu versorgen
- Steuerliche Absetzbarkeit von bezahlter Kinderbetreuung: damit Familien entlastet werden und neue Arbeitsplätze entstehen
- In Anspruch genommene Karenzzeiten werden als pensionsbegründende Beitragszeiten angerechnet: damit es für Frauen im Alter mehr Fairness und Sicherheit gibt
- Prüfung, ob Pensionsansprüche geteilt ausbezahlt werden: damit Frauen ohne eigenen Pensionsanspruch auch nach einer Trennung finanziell abgesichert sind
- Ausbau des Opferschutzes, Ausbau der Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie: damit die Gewalt an Frauen konsequent bekämpft wird

ZIELE

- Gleichrangigkeit von Mann und Frau auf allen Ebenen unterstützen
- Frauen und Mädchen in allen Bildungsbereichen fördern
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ermöglichen
- Engagement von Männern in Familie und Haushalt einfordern
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, Überprüfung der gesetzlichen Maßnahmen, Erhebungen und regelmäßige Untersuchungen, deren Ergebnisse auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

KRIMINALITÄT EFFEKTIV BEKÄMPFEN

Im Bereich der inneren Sicherheit legen wir den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Drogenkriminalität und des Schlepperunwesens.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Verstärkung der Maßnahmen gegen Menschen-, Waffen- und Drogenhandel: damit die Organisierte Kriminalität gestoppt wird
- Rechtliche Verankerung moderner Ermittlungsmethoden (Lauschangriff und Rasterfahndung): damit die Kriminalität zeitgemäß und effektiv bekämpft wird
- Schärfere Verfolgung und Strafen für Schlepperei, Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit: damit das Schlepperunwesen eingedämmt wird
- Verstärkte Aufklärung zur Vorbeugung von Verbrechen: damit das Rechtsbewusstsein gestärkt wird
- Aufklärung der Jugendlichen zur Vorbeugung des Drogenkonsums: damit sich die Jugendlichen selbst vor der Drogengefahr schützen können
- Nutzung aller gesetzlicher Möglichkeiten zur Bekämpfung des Drogenhandels: damit entschieden gegen die Drogenkriminalität vorgegangen wird
- Einheitliches Ausbildungskonzept für die Exekutive: damit Qualität und Leistung gesichert sind
- Reform der Staatspolizei, Einrichtung einer effizienten Kontrolle: damit Sicherheit und Klarheit herrschen
- Sicherstellung eines effektiven Grenzschutzes (inklusive Bundesheer): damit die österreichische EU-Außengrenze gut gesichert bleibt
- Aktive Mitarbeit bei EUROPOL, Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit insbesondere zur Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet: damit Verbrecher schneller gefasst und Kinder besser geschützt werden

ZIELE

- **Organisierte Kriminalität auf nationaler und internationaler Ebene bekämpfen**
- **Effektiv gegen Schlepperei und illegale Migration vorgehen**
- **Mehr Aufklärung zur Verbrechensprävention**
- **Dem Drogenhandel kompromisslos entgegentreten**

23

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines Zeitplans, Dokumentation und Evaluierung aller gesetzten Maßnahmen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

D. Zukunft gestalten – Arbeit schaffen

- **Unternehmerland Österreich**
- **Landwirtschaft**
- **Zukunftschancen nutzen – Ausbildung & Innovation stärken**
- **Kulturland Österreich – moderne Medien**

25



FÜR DAS UNTERNEHMERLAND ÖSTERREICH

Arbeitsplätze werden von Unternehmern geschaffen. Nur ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort kann langfristig Wohlstand und soziale Sicherheit für Österreich garantieren. Wir bekennen uns zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich, damit wir im europäischen und internationalen Wettbewerb erfolgreich bleiben.

1 26

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Nachhaltige Senkung der Lohnnebenkosten um 15 Milliarden bis 2003: zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe
- Mehr Risikokapital für unsere Klein- und Mittelbetriebe: damit Österreichs Jobmotor weiter wachsen kann
- Mehr Geld für Forschung und Technologie: damit unsere Unternehmen Innovationskraft und Erfolg steigern können
- Österreich fit für die Informationsgesellschaft machen (z.B. elektronische Medien in Aus- und Weiterbildung, Digitalisierung der Verwaltung, Förderung der Internetnutzung von Klein- und Mittelbetrieben): damit wir eine führende Rolle in der modernen Wirtschaftswelt einnehmen können
- Bürokratieaufwand und Normenflut reduzieren (z.B.: verpflichtende Gesetzesfolgekostenabschätzung): damit unsere Unternehmen nicht mit unnötigem Mehraufwand und Kosten belastet werden
- Schaffung eines neuen Unternehmensrechts: für mehr Transparenz, Vereinfachung, für zeitgemäße Berufsrechte (von z.B. Steuerberatern, Rechtsanwälten, Ärzten) und zur Erleichterung einer "Zweite Chance" für Unternehmer
- Leichter und direkter Zugang zur Selbstständigkeit durch umfassende Reform der Gewerbeordnung und zentrale Anlaufstellen für alle bürokratischen Erfordernisse: damit rasch neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen können
- Modernisierung des Berufsausbildungsrechtes: damit neue Berufe rasch gelehrt und ausgeübt werden können
- Weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten, Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts, aber Beibehaltung der Sonntagsruhe: für ein flexibles und kundennahes Wirtschaften

ZIELE

- **Wirtschaftliche Freiheiten ausbauen**
- **Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken**
- **Bessere Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt schaffen**
- **Investitionen in Zukunftsbranchen fördern**
- **Privatisierung voran treiben**

- Liberalisierung am Strom- und Gasmarkt: damit der Wettbewerb Preisvorteile für die Konsumenten sicherstellt
- Entwicklung eines mehrjährigen Privatisierungskonzeptes für ÖIAG und PTBG; Rückzug des Staates; Entpolitisierung der Aufsichtsräte
- Ausbau von Infrastruktur als Standortfaktor: Zur optimalen Anbindung des Wirtschaftsstandorts auf Straße, Schiene, am Wasser, im Flugverkehr sowie entlang von Daten- und Energienetzen.

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung eines detaillierten Zeitplans, umfassende Dokumentation der Einzelmaßnahmen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

D. Zukunft gestalten – Arbeit schaffen

FÜR EINE LEISTUNGSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT

Wir bekennen uns zu einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft. Die flächendeckende land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung muss auch in Zukunft sichergestellt sein. Dabei ist die Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU von großer Bedeutung.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Das europäische Landwirtschaftsmodell in internationalen Verhandlungen (Welthandelsorganisation - WTO, EU-Erweiterung) forcieren: damit Europas und Österreichs Landwirtschaft Zukunft haben
- Für sichere Lebensmittel, Umweltschutz und Tierschutz sorgen: damit die Landwirtschaft weiterhin so produziert, wie es sich die Konsumenten wünschen
- Optimale Umsetzung der AGENDA 2000: damit alle Österreich zustehenden EU-Fördermittel voll ausgeschöpft werden können
- Die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel senken (Dieselöl, Dünger-, Pflanzenschutz- und Tierarzneimittel): damit Österreichs Landwirte in der EU faire Wettbewerbsbedingungen haben
- Besserer Schutz für Reinheit des Trinkwassers (z.B. durch Vertragsgewässerschutz): damit für die Konsumenten eine hohe Wasserqualität gesichert bleibt
- Mehr Investitionen in nachwachsende Rohstoffe/Biodiesel: damit die Landwirte diesen Zukunftsmarkt erschließen können
- Strenge Vergabe von Gütesiegeln bei Nahrungsmitteln: damit die Konsumenten sicher sein können, dass sie beste Qualität kaufen
- Stärkung kleiner Gemeinden beim kommenden Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden: damit die Finanzkraft des ländlichen Raumes gestärkt wird
- Unbürokratische Regelung für Saisoniers (jährliche Erntehelfer-Quote von 7000 Personen): damit der ländliche Raum die Arbeitskräfte bekommt, die er braucht
- Schaffung eines Berufsschutzes für Bäuerinnen und Bauern (wie bei der gewerblichen Wirtschaft): damit es klare und sichere Verhältnisse gibt
- Vereinfachung der landwirtschaftlichen Förderungsabwicklung: damit die Bürokratie nachhaltig gestoppt wird

ZIELE

- Den ländlichen Raum stärken
- Nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft sichern
- Landschaft pflegen und Naturräume erhalten
- Förderungen sozial gerecht und treffsicher gestalten
- EU-Agrarpolitik gemeinsam weiterentwickeln

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, Dokumentation und Evaluation aller getroffenen Maßnahmen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

DIE BESTE BILDUNG FÜR SICHERE ZUKUNFTSCHANCEN

Wir bekennen uns dazu, das österreichische Bildungssystem zeitgemäß weiter zu entwickeln. Ein hochwertiges und vielfältiges Bildungsangebot, die Stärkung des lebensbegleitenden Lernens und mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung schaffen bessere Arbeitsmarktchancen für jeden – und stärken den Standort Österreich.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Bereitstellung einer Technologiemilliarde für die Schulen: damit die Kinder optimal auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft vorbereitet werden
- Bessere Anerkennung von Vorwissen und abgelegten Prüfungen: damit mit der Lebenszeit junger Menschen sorgsamer umgegangen wird
- Eine moderne Schulkultur und zeitgemäße Erziehungsvereinbarungen: damit alle Schulpartner an einem Strang ziehen
- Entwicklung klarer Leistungsstandards für die Schulen: damit unsere Kinder die beste und qualitativ hochwertigste Bildung erhalten
- Förderung der Hauptschulen, Modernisierung der Berufsschulen, mehr Autonomie für die Oberstufen der Gymnasien: damit die Vielfalt des Bildungssystems gesichert ist
- Modernes Schulmanagement, zeitgemäßes Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer mit leistungsbezogenen Bestandteilen, objektive Personalauswahl im Schulbereich: damit die Kinder die besten Voraussetzungen für ihre Zukunft bekommen
- Weiterbildungsoffensive der Bundesregierung: damit sich Erwachsene immer wieder neue Qualifikationen aneignen und fit für den Arbeitsmarkt bleiben
- Echte Selbständigkeit für die Universitäten und Hochschulen, leistungsorientiertes Dienstrecht, kürzere Studienzeiten, weniger Bürokratie für Studierende: damit Forschen, Lehren und Lernen die notwendigen Freiräume bekommen
- Gezielter weiterer Ausbau der Fachhochschulen: damit ein Drittel der Studienanfänger einen Fachhochschulplatz erhält
- Erhöhung der Forschungsquote auf 2,5% des BIP bis 2005 (2,0% als Zwischenziel bis 2002), bessere steuerliche Anreize zur wirtschaftsnahen Forschung, mehr Kooperation zwischen Unternehmen und der Forschung: damit Österreichs Innovationskraft nachhaltig gestärkt wird

ZIELE

- Schulqualität weiterentwickeln und Vielfalt sichern
- Begabung und Leistung fördern
- Modernes Schul- und Universitätsmanagement ermöglichen
- Lebensbegleitendes Lernen als Bildungsschwerpunkt verankern
- Investitionen in Forschung und Entwicklung fördern

ÜBERPRÜFUNG

Ein detaillierter Zeitplan wird erstellt und veröffentlicht. Alle Maßnahmen werden dokumentiert und evaluiert.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

D. Zukunft gestalten – Arbeit schaffen

KULTURLAND ÖSTERREICH

Kunst und Kultur haben in Österreich einen besonderen Stellenwert. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst: Künstler brauchen keine politische Bevormundung, sondern stimulierende Rahmenbedingungen für ihr Schaffen.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Architektur-Schwerpunkte im Wohnbau und bei öffentlichen Bauten setzen: damit Qualität Vorrang hat
- Mehrjährige Förderverträge mit regelmäßiger Überprüfung: damit die Kulturarbeit für alle Beteiligten besser geplant werden kann
- Ausgewogenere regionale Verteilung der Kunstförderung: damit die Kunst überall gestärkt wird
- Schwerpunktprogramm für den österreichischen Film: damit sich Österreich auch als Filmstandort etablieren kann
- Schaffung einer Österreichischen Nationalstiftung: damit das österreichische Kulturgut gesichert, gepflegt und angemessen im Ausland präsentiert werden kann
- Digitalisierung des kulturellen Erbes Österreichs: damit Kultur und Kunst einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden können
- Zusammenführung der Konzepte für ein "Haus der Geschichte der Republik Österreich" bzw. ein "Haus der Toleranz": damit Österreichs Geschichte und seine Konsequenzen für Gegenwart und Zukunft die notwendige Öffentlichkeit bekommen
- Bereitstellung von Risikokapital für Österreichs Kreativwirtschaft: damit aus Ideen & Innovation wirtschaftlicher Erfolg werden kann
- Sicherstellung der Mittel für den Denkmalschutz: damit unser kulturelles Erbe erhalten bleibt
- Modernisierungsprogramm für die Museen weiterführen, damit Österreichs Sammlungen zeitgemäß präsentiert werden
- Einführung einer Künstlersozialversicherung: damit Künstler besser abgesichert sind

ZIELE

- **Bessere Planbarkeit der Kulturarbeit**
- **Rahmenbedingungen für Künstler verbessern**
- **Stärkung des österreichischen Films**
- **Österreichs Kunst & Kultur einem breiten Publikum zugänglich machen**
- **Stärkeres Kultur-Engagement im internationalen Bereich**
- **Modernes Umfeld für moderne Medien schaffen**

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, Dokumentation und Evaluierung aller gesetzten Maßnahmen.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at



E. Lebensqualität ausbauen

- **Gesundheit fördern – medizinische Qualität sichern**
- **Unsere Umwelt nachhaltig schützen**
- **Fit im 21. Jahrhundert – Sport fördern**



GESUNDHEIT FÖRDERN, MEDIZINISCHE QUALITÄT SICHERN

Das österreichische Gesundheitssystem ist im internationalen Vergleich besonders leistungsfähig. Damit die Qualität der Gesundheitsversorgung erhalten und neue medizinische Kenntnisse rasch berücksichtigt werden können, muss das Gesundheitssystem nun "fit" für die Anforderungen der Zukunft gemacht werden.

1 32

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Verpflichtendes Qualitätssicherungssystem für das gesamte Gesundheitswesen: damit Österreichs Patienten optimal versorgt werden
- Verbesserung der Patientenrechte: damit man im Fall eines medizinischen Kunstfehlers zu seinem Recht kommt
- In der ärztlichen Grundausbildung wird der Patientenbezug erhöht: damit bei der Behandlung der Mensch im Mittelpunkt steht
- Information des Patienten über die medizinische Leistungserbringung: damit Transparenz und Kostenbewusstsein für die Leistungen der sozialen Krankenversicherung geschaffen werden
- Nationaler Plan zur Gesundheitsförderung und Vorsorge: damit Krankheitsrisiken von vornherein reduziert werden
- Lockerung der Rezeptpflicht für bestimmte Arzneimittel: damit man nicht wegen unbedenklicher Medikamente zum Arzt muss
- Bedarfsgerechter Ausbau der Rehabilitation: damit der Weg zurück zur Gesundheit leichter wird
- Anpassung des Österreichischen Krankenanstaltenrechts: damit den Erfordernissen eines modernen Gesundheitssystems entsprochen wird
- Bildung von Forschungsschwerpunkten an Universitätskliniken: damit Österreich den Anschluss an die internationale Forschung nicht verpasst
- Ausbau der Hospiz- und Palliativmedizin: damit ein menschenwürdiges Sterben möglich wird

ZIELE

- Gleicher Zugang zu allen medizinischen Leistungen für alle Bürger
- Stärkung der Patientenrechte
- Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen ausweiten
- Mehr Vorsorgemedizin für bessere Lebensqualität
- Medizinische Forschungseinrichtungen fördern

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans
Erhebungen und regelmäßige Untersuchungen, deren Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

UNSERE UMWELT NACHHALTIG SCHÜTZEN

Grundlage unserer Umweltpolitik ist das Leitbild der ökosozialen Marktwirtschaft. Weil Schadstoffe und Umweltrisiken keine Grenzen kennen, muss Umweltpolitik weit über Staatsgrenzen hinaus wirksam werden. Österreich wird seine Vorreiterrolle in der Umweltpolitik ausbauen.

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Umweltrisiken auf europäischer und internationaler Ebene besonders betonen: damit Österreich vom grenzüberschreitenden Umweltschutz und von mehr nuklearer Sicherheit profitiert
- Erarbeitung einer nationalen Klimastrategie: damit wir das CO₂ Reduktionsziel von 13% erreichen
- Die Ökosoziale Marktwirtschaft als Grundlage der österreichischen Umweltpolitik weiterentwickeln und das Steuersystem im Gleichklang mit anderen EU-Ländern ökologisieren: damit nachhaltig gewirtschaftet wird
- Reform des Österreichischen Bundesabfallrechts: damit Abfall stärker vermieden beziehungsweise sinnvoll verwertet wird
- Modernes, einheitliches Anlagenrecht: damit die Umwelt geschützt wird ohne die Wirtschaft unnötig zu blockieren
- Schadstoffe in Treibstoffen und Ozon-Vorläufersubstanzen reduzieren und neue Motor-technologien forcieren: damit die Luftqualität steigt
- Schaffung von zwei weiteren Nationalparks: zur Erhaltung unserer einzigartigen Natur-reichtümer
- Umweltpolitik in andere Politikbereiche integrieren, Biodiesel und Nutzung nachwachsender Rohstoffe fördern: damit Nachhaltigkeit sich besser durchsetzen kann
- Förderung von Umwelttechnologien, erneuerbaren Energieträgern und Energieeffizienz: damit sich Österreich zum internationalen Technologieführer entwickeln kann
- Sorgfältige Beurteilung von Produkten und Neuentwicklungen im Gentechnikbereich: damit es keine Gefahren für die Konsumenten gibt

ZIELE

- **Anerkannt hohes Umweltschutzniveau in Österreich sichern**
- **Gemeinsam mit anderen Ländern die Führungsrolle Österreichs in der EU-Umweltpolitik ausbauen**
- **Mit Umweltinvestitionen und Umwelttechnologien Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt stärken**

33

ÜBERPRÜFUNG

Zur Evaluation der Maßnahmen wird ein umfassendes Programm gestartet. Aussagekräftige Dokumentationen sollen entsprechend quantitativen Indikatoren und deren Veränderung laufend verfolgt und veröffentlicht werden.

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at

FIT INS 21. JAHRHUNDERT – SPORT FÖRDERN

Sport spielt nicht nur für die Gesundheitsvorsorge eine große Rolle. Wir bekennen uns zur Förderung des Sports auch aus gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen.

1 34

AUSGEWÄHLTE MASSNAHMEN

- Bewegungserziehung schon im Kindergarten verankern: damit die Kinder die Bewegung bekommen, die sie brauchen
- Tägliche Bewegungsangebote für Schulkinder: damit sie die Möglichkeit haben, fit zu bleiben
- Bessere sportmedizinische Untersuchung von Jugendlichen und Amateursportlerinnen und -sportlern: damit die Gesundheit im Vordergrund steht
- Mehr Autonomie für Sportvereine und -verbände: damit die Säulen des Sports in Österreich gestärkt werden
- Militärische Ausbildung nach den neuesten Erkenntnissen der Sportwissenschaft gestalten: für eine zeitgemäße körperliche Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten
- Erhöhung der Sportförderung für den Behindertensport: damit Sportmöglichkeiten allen Menschen offen stehen
- Forcierung des Spitzensports und des professionellen Sports: damit Österreichs Wettbewerbsfähigkeit verbessert bzw. ausgebaut werden kann
- Schaffung eines Sportgesetzes (Sicherung der Vereinsautonomie; Offenlegungspflichten für Profivereine; Antidopinggesetz): für klare Verhältnisse und Rahmenbedingungen
- Systematischer Ausbau der Sportstätteninfrastruktur, Privatisierung der Bundessport-einrichtungen: damit nicht nur der sportliche Wettbewerb gefördert wird

ZIELE

- Mehr Sportangebote für Kinder und Jugendliche
- Sportvereine und Verbände sachgerecht unterstützen
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Spitzensport
- Kampf gegen Doping

ÜBERPRÜFUNG

Erstellung und Veröffentlichung eines detaillierten Zeitplans, Dokumentation und Evaluation aller gesetzten Maßnahmen

Volltext unter www.oevp.at, www.fpoe.at



Impressum:
Maria Rauch-Kallat und Peter Westenthaler

